

»» Wohnungseigentumsrecht «« von Massimo Füllbeck [526]

Kameraatrappe - Eingriff in die Persönlichkeitsrechte?

1. Die Anbringung einer Kameraatrappe kann einen Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht darstellen, wenn bei objektiver Betrachtung der Eindruck einer Überwachung entsteht.

2. Maßgeblich ist nicht, ob tatsächlich eine Videoaufzeichnung erfolgt, sondern wie die Maßnahme von einem verständigen Betroffenen wahrgenommen wird.

3. Ein berechtigtes Sicherheitsinteresse des Eigentümers rechtfertigt den Einsatz einer Kameraatrappe nur dann, wenn keine überwiegenden schutzwürdigen Interessen Dritter entgegenstehen.

4. Auch ohne tatsächliche Datenerhebung kann eine Überwachungsdrucksituation entstehen, die unzulässig ist.

LG Düsseldorf, Beschluss vom 14.10.2025, 19 S 20/25

Der Fall:

Der Kläger ist Nutzer/Bewohner eines Grundstücks bzw. eines gemeinschaftlich genutzten Bereichs.

Der Beklagte brachte dort eine Kameraatrappe an, die in Form, Größe und Ausrichtung einer echten Überwachungskamera entsprach. Für den Kläger war nicht erkennbar, dass es sich lediglich um eine Attrappe handelte.

Der Kläger fühlte sich hierdurch überwacht und in seinem Persönlichkeitsrecht verletzt.

Er verlangte die Beseitigung der Kameraatrappe sowie die Unterlassung weiterer vergleichbarer Maßnahmen.

Der Beklagte berief sich darauf, dass es

sich lediglich um eine Attrappe ohne technische Aufzeichnungsfunktion handele und diese allein präventiven Zwecken diene.

Das Problem:

In Zentraler Streitpunkt war die Frage, ob bereits eine Kameraatrappe – ohne tatsächliche Videoüberwachung oder Datenspeicherung – einen rechtswidrigen Eingriff in das Persönlichkeitsrecht darstellen kann.

Die Entscheidung des Gerichts:

Das Gericht gab dem Kläger Recht. Es stellte fest, dass die angebrachte Kameraatrappe einen rechtswidrigen Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht darstellt.

Entscheidend sei, dass aus Sicht eines objektiven Betrachters der Eindruck einer Überwachung entstehe.

Eine tatsächliche Aufzeichnung sei hierfür nicht erforderlich.

Durch die Kameraatrappe werde beim Betroffenen ein ständiges Gefühl des Beobachtetseins erzeugt, das zu einer unzulässigen Verhaltenslenkung und Einschüchterung führen könne. Diese sogenannte Überwachungsdruckwirkung sei bereits für sich genommen rechtlich relevant.

Das vom Beklagten angeführte Sicherheitsinteresse rechtfertige die Maßnahme nicht, da mildere Mittel zur Verfügung stünden und keine konkrete Gefährdungslage dargelegt worden sei.

Der Beklagte wurde daher zur Entfernung der Kameraatrappe und zur Unterlassung vergleichbarer Maßnahmen verurteilt.

Praxis-Tipp:

Sofern eine WEG eine Kameraatrappe installieren möchte, sollte die Entscheidung auch für solche Fälle anwendbar sein. Grundsätzlich benötigt die WEG allerdings nur einen Mehrheitsbeschluss für die Installation. ■

Fachautor:



Immobilien-
Ökonom (VWA)
Massimo
Füllbeck

- Immobilienverwalter
- Schwerpunkt:
WEG-Verwaltung
- Fachautor und
Referent beim EBZ